

(Un-)Politisch? Eine Diskussion über die Herausforderungen der Geschichtswissenschaft heute

Veranstalter: Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands

Datum, Ort: 14.02.2019, Berlin

Bericht von: Jakob Saß, Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam

Dass die Demokratie in Deutschland und darüber hinaus aktuell bedroht wird, darin ist sich die deutsche Geschichtswissenschaft weitgehend einig. Nicht jedoch, was man als Zunft dagegen machen kann oder sollte. Auf dem 52. Deutschen Historikertag 2018 in Münster hatte der Verband der Historiker und Historikerinnen Deutschlands (VHD) am 27. September 2018 eine Resolution „zu gegenwärtigen Gefährdungen der Demokratie“ verabschiedet, die sich unter anderem für eine „historisch sensible Sprache“, eine „pluralistische Streitkultur“ ohne „diskriminierende Begriffe“ sowie eine „kritische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit“ und gegen „Populismus“, „nationalistische Alleingänge“ in der Europapolitik sowie „die Diskriminierung von Migranten“ ausspricht.¹ So gesellschaftlich umstritten diese Themen sind, so kontrovers wurde auch über den Inhalt und die Wirkung der Resolution diskutiert, vor allem auch nach der Abstimmung in den gedruckten wie digitalen Medien² – zum Teil mit eben jener unsachlichen Sprache, die die Resolution anprangerte. Der Beginn eines neuen Historikerstreits?

„Selten, wenn überhaupt, hat eine Resolution eine derartige Aufmerksamkeit gefunden, sowohl in der Fachwelt wie auch in der breiten Öffentlichkeit“, sagte PETER FUNKE (Münster) am 14. Februar 2019 im Leibniz-Saal der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften vor rund 200 Gästen. Der VHD hatte zu einer Podiumsdiskussion geladen, um die Debatte zur Resolution aufzugreifen und „über das Verhältnis der Geschichtswissenschaft zu aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen und politischen Entwicklungen“ zu diskutieren.³ Zu den Podiumsgästen, die die Resolution befürworteten, gehörten UTE FREVERT (Berlin), die VHD-Vorsitzende EVA SCHLOTHEUBER

(Düsseldorf) und NORBERT FREI (Jena). Kritisch positionierten sich ANDREAS RÖDDER (Mainz), THOMAS MAISSEN (Paris) und DOMINIK GEPPERT (Potsdam).

Dass von den sechs Podiumsgästen nur drei bei der Abstimmung auf dem Historikertag dabei gewesen waren, wäre an sich kein Manko für die Diskussionsrunde gewesen, sollte es doch der Einladung zufolge über die Herausforderungen für die Geschichtswissenschaft allgemein gehen – und nicht explizit um den VHD. Das Erklärungs-, Rechtfertigungs- und Aufklärungsbedürfnis war jedoch sowohl auf dem Podium und als auch im Publikum so groß, dass es dem kurzfristig eingesprungenen Moderator Funke während der ersten 90 Minuten kaum gelang, die Diskussion von der Resolution oder vom Verband weg- und zum eigentlichen Thema hinzuführen. So holten es die Zeitzeugen zunächst nach, aus verschiedenen Perspektiven zu rekonstruieren, wie der Text und die heftige Kontroverse zustande gekommen waren.

Die Initiative zur Resolution ging von der Göttinger Zeithistorikerin Petra Terhoeven aus. Unter dem Einfluss der damaligen politischen Situation verfasste sie mit ihrem Göttinger Kollegen Dirk Schumann im Sommer 2018 einen ersten Entwurfstext. „Wir haben uns eher als Koordinatoren einer Stimmung innerhalb des Fachs verstanden, die auf den Punkt gebracht werden sollte“, erklärte Terhoeven während der Berliner Podiumsdiskussion. Mit der Bitte um Kommentare schickten sie diesen Text an zwölf Historikerinnen und Historiker, die Patrick Bahners spä-

¹Resolution des Verbandes der Historiker und Historikerinnen Deutschlands zu gegenwärtigen Gefährdungen der Demokratie, verabschiedet von der Mitgliederversammlung am 27. Sept. 2018 in Münster, <https://www.historikerverband.de/verband/stellungnahmen/resolution-zu-gegenwaertigen-gefaehrungen-der-demokratie.html>.

²Pressespiegel des VHD zur Resolution, <https://www.historikerverband.de/presse/pressespiegel.html#c1557>.

³Einladung zur Podiumsdiskussion „(Un-)Politisch? Eine Diskussion über die Herausforderungen der Geschichtswissenschaft heute“, <https://www.historikerverband.de/verband/veranstaltungen/un-politisch-eine-diskussion-ueber-die-herausforderungen-der-geschichtswissenschaft-heute.html#c1671>.

ter in der FAZ zynisch als die „Zwölf Apostel“ bezeichnete.⁴ Die Ereignisse in Chemnitz sowie die politischen Reaktionen, darunter insbesondere die Äußerung Horst Seehofers über die Migration als die „Mutter aller Probleme“, beeinflussten die weitere Bearbeitungsphase. Die Resolution sei natürlich politisch, aber nicht „im Sinne spezifischer parteipolitischer Forderungen“, betonte Schumann. „Wir hatten keine Agenda jenseits des Textes. Die Agenda ist der Text“, stellte Terhoeven klar. „Wir wollten den Verband weder politisieren noch spalten.“ Ganz im Gegenteil sollte die Resolution schlichtweg eine Debatte anstoßen.

Die überarbeitete Textversion stellten Terhoeven und Schumann in Abstimmung mit dem Vorstand auf dem Historikertag zur Diskussion. Dafür wurde am 26. September 2018 kurzfristig eine Podiumsdiskussion als Sondersektion einberufen. Unter dem Titel „Die Komfortzone verlassen? Zur politischen Relevanz von Geschichtswissenschaft heute“ wurde das Thema in einem voll besetzten Saal sehr offen und kontrovers diskutiert.⁵ Unter diesem Eindruck bearbeiteten die beiden Initiatoren trotz des Zeitdrucks noch einmal den Resolutionstext, der bereits am nächsten Nachmittag zur Abstimmung gebracht werden sollte. Aus diesem Grund konnte er auch nicht vorab herausgegeben werden. „Der Text selber und auch die Art und Weise, wie er verabschiedet wurde, war ein Prozess auf dem Historikertag“, erklärte Eva Schlotheuber.

Die Mitgliederversammlung des VHD am 27. September war außerordentlich gut besucht, anwesend waren etwa zehn bis zwölf Prozent aller Verbandsmitglieder. Ausschlaggebend war wohl auch der umstrittene Resolutionsantrag, obwohl dieser nur einer von vielen Tagesordnungspunkten war.⁶ Erneut wurde kontrovers diskutiert. Über Änderungsvorschläge wurde einzeln abgestimmt, zum Beispiel darüber, ob der Text noch einmal von einer Redaktionsgruppe überarbeitet oder auch von Linken verwendete, unsensible Begriffe wie „Nazi“ angeprangert werden sollten – die große Mehrheit der Anwesenden entschied sich dagegen.

Die meisten Mitglieder standen der Resolution positiv gegenüber. Nur wenige äußerten

sich kritisch, darunter Dominik Geppert. Dem Großteil des Textes stimme er nach wie vor zu, erläuterte er in Berlin, auch wenn manches „wohlfeil“ oder „banal“ sei. Problematisch sah er allerdings einige „prononcierte politische Festlegungen“, etwa zu den Themen Nationalismus, Kolonialvergangenheit, Migration und Europa, über die er gerne mehr diskutiert bzw. nicht in den Text übernommen hätte. Auch Andreas Rödder kritisierte auf dem Podium allzu pauschale Aussagen in der Resolution, vor allem die wohl umstrittenste, dass die Migration ungeachtet „aller mit ihr verbundenen Probleme“ die „beteiligten Gesellschaften insgesamt bereichert“ habe. Formulierungen wie „nationalistische Alleingänge“ hätten zudem „direkt aus dem Kanzleramt“ kommen können.

Norbert Frei sah genau hier das „Kernthema“ der Kritiker: Sie würden die Resolution ablehnen, weil sie in ihr eine Linientreue mit Merkels Politik – insbesondere ihrer kontroversen Flüchtlingspolitik – ausmachten. Eva Schlotheuber könne die Kritik teilweise nachvollziehen. Ihrer Meinung nach müsse allerdings eine Resolution nicht ausgewogen sein, sondern vielmehr eine Aussage haben, auf die eine Diskussion folgt. Tatsächlich habe sie auf dem Historikertag „einen Nerv getroffen“.

Gerade im Zusammenhang mit den kontroversen tagespolitischen Themen der Resolution wurde die „Diskussionskultur“ während der Versammlung sehr unterschiedlich wahrgenommen. Das Procedere war satzungsmäßig „absolut in Ordnung“, meinte Dominik Geppert, „aber sensibel ist die ganze Sache nicht gewesen“, viele hätten den Mund gehalten. Auf die Frage Ute Freverts, ob ein „Klima der Einschüchterung“ geherrscht hätte, ant-

⁴ Patrick Bahners, Die Lehrer Deutschlands, in: FAZ, 29.9.2018, <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/deutsche-historiker-stellen-sich-gegen-die-afd-15812149.html?printPageArticle=true#lesermeinungen>.

⁵ Ankündigung zur Podiumsdiskussion „Die Komfortzone verlassen? Zur politischen Relevanz von Geschichtswissenschaft heute“, 26.9.2018, <https://www.historikertag.de/Muenster2018/sektionen/die-komfortzone-verlassen-zur-politischen-relevanz-von-geschichtswissenschaft-heute/>.

⁶ Tagesordnung der Mitgliederversammlung des VHD, 27.9.2018, <https://www.historikertag.de/Muenster2018/programm/verband-der-historiker-und-historikerinnen-deutschlands-e-v-vhd/>.

wortete Geppert: „Ob beabsichtigt oder nicht, es war kein herrschaftsfreier Diskurs.“ Er bedauerte, dass die Debatte so emotional aufgeladen gewesen und daher auch ein Antrag auf geheime Abstimmung von der großen Mehrheit der Versammlung abgelehnt worden war, unter anderem mit dem Kommentar „Wenn wir jetzt geheim abstimmen, können wir es gleich bleiben lassen.“⁷ Jessica Gienow-Hecht, die den Antrag auf geheime Abstimmung eingebracht hatte, bemerkte in Berlin, viele hätten in Münster ihre Kritik nicht geäußert, weil sie sich um ihren beruflichen Status gesorgt hätten.

Norbert Frei stimmte zu, dass die offene Abstimmung per Handzeichen – auch wenn sie im Verband bei Resolutionen üblich ist – angesichts solcher Kontroverse ein Fehler gewesen sei. Er habe allerdings die Diskussion selbst als „sehr konsensual“ wahrgenommen. „Es war keine ‚Sportpalast-Stimmung‘, sondern ein intensives gemeinschaftliches Nachdenken. Wenn das Druck gewesen sein soll, dann möchte ich von der Zivilcourage unseres Verbandes nicht viel halten.“ Für Dominik Geppert als einer der wenigen, die am Ende gegen die Resolution stimmten, war der „Gang in die Öffentlichkeit“ jedoch „eine Art Selbstverteidigung“.

Ein großer Streitpunkt war die heftige Debatte, die von der verabschiedeten Resolution in den Medien angestoßen wurde. Die Kommunikation in den sozialen Netzwerken sei zum Teil sprachlich extrem eskaliert, kritisierte Frank Bösch aus dem Publikum. Aufgeheizt, wenn auch deutlich sachlicher war die Debatte auf der Plattform „Public History Weekly“⁸ und in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Nach einem kritischen Kommentar⁹ von Patrick Bahners, Leiter des Ressorts Geisteswissenschaften der FAZ, erschienen von Oktober bis November 2018 fünf Gastbeiträge, von denen nur einer die Resolution verteidigte.¹⁰ Das sei einseitige Berichterstattung, kritisierten Frei und Terhoeven und wehrten sich gleichzeitig gegen Begriffe wie „links-liberale ‚Komfortzone‘“. „Wenn unsere Resolution als links von der Mitte empfunden wird, dann hat sich der Diskurs einigermaßen nach rechts verschoben“, sagte Terhoeven unter viel Applaus aus dem Publikum.

Bahners erwiderte, er könne der Vorstel-

lung nicht folgen, die FAZ hätte „auf einer Seite paritätisch Pro und Contra bringen“ oder Stellungnahmen des Verbandes einholen müssen. Er machte dagegen darauf aufmerksam, dass die Resolution zum Teil selbst unsensibel mit Begriffen umgehe. Am Beispiel der umstrittenen These, Migration würde Gesellschaften „bereichern“, erklärte er, die Formel „Bereicherer“ sei in der „Propaganda der Migrationsfeinde“ eine „stehende Wendung der Hassrede“, ein „widerwärtiger Euphemismus“. Die Resolution verpasse ihre Chance, weil sie auf Vereinfachungen mit Vereinfachungen antworte.

Gerade weil Resolutionen auf Vereinfachungen angewiesen sind, um öffentlichkeitswirksam zu sein, bezweifelten die Kritiker stark, ob sie überhaupt ein angemessenes Mittel seien, um sich als Verband zu solchen kontroversen politischen Themen zu positionieren. Thomas Maissen bemerkte, dass die Resolution nach innen und außen eher zur

⁷ So auch in Dominik Geppert / Peter Hoeres, Gegen Gruppendruck und Bekenntniszwang, in: FAZ, 10.10.2018, S. 31, <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/hoch-schule/zwei-historiker-wenden-sich-gegen-die-resolution-aus-muenster-15828216.html>.

⁸ Thomas Sandkühler, Historians and Politics. Quarrel Over a Current Resolution, in: Public History Weekly, 18.10.2018 mit Diskussion bis 3.2.2019, <https://public-history-weekly.degruyter.com/6-2018-31/vhd-resolution/>.

⁹ Vgl. Bahners, Die Lehrer Deutschlands.

¹⁰ Geppert / Hoeres, Gegen Gruppendruck und Bekenntniszwang; Ralf Behrwald, Der Historikerverband wendet sich von Max Weber ab, in: FAZ, 10.10.2018, https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/hoch-schule/resolution-des-historikerverbandes-bedroht-wissenschaft-15828226.html#printPagedArticle=true#pageIndex_0; Michael Wolffsohn, Brief an Nora Hilgert, Geschäftsführerin des Historikerverbandes, in: Ebd., <https://edition.faz.net/faz-edition/geisteswissenschaften/2018-10-10/2a11c58d5e3c4178c7d74dad15fe4742/?GEPc=s2>; Frank Bösch / Johannes Paulmann, Zur Verteidigung der Resolution von Münster, in: Ebd., 17.10.2018, S. N3, https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/hoch-schule/resolution-von-muenster-es-geht-um-unsere-sache-15839953.html#printPagedArticle=true#pageIndex_0; Manfred Hettling, Bedingungen möglicher Lektionen, in: Ebd., 31.10.2018, https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/hoch-schule/resolution-von-muenster-bedingungen-moeglicher-lectionen-15863786.html#printPagedArticle=true#pageIndex_0.

Spaltung beitrage als sie bekämpfe. Mit ihren zugespitzten Thesen verpelle sie Mitglieder und mit einer deutschen „Lehrmeisterposition“ die Kolleginnen und Kollegen in Polen, Ungarn und Rumänien. Stattdessen sollte der VHD „Allianzen über die Landesgrenzen hinaus“ schließen, indem er anschlussfähige „Minimalstandards“ für Wissenschaftsfreiheit definiert, auch als Voraussetzung für eine funktionierende Demokratie. Es sei eine anspruchsvolle Aufgabe des Verbandes, Foren wie diese Podiumsdiskussion für offene Gespräche zwischen Kollegen unterschiedlichster Überzeugung bereitzustellen. Die Diskussionen müssten dafür sachlich und nicht moralisch geführt werden, betonte Andreas Rödder. „Wir haben permanent den Subtext des Apologieverdachtes in unserer Wissenschaft.“ Allzu leichtfertig werde die „AfD-Keule“ aufgepackt.

Rödder, Maissen und Geppert waren sich einig, dass es wichtig sei, sich politisch zu positionieren und zu äußern – allerdings weniger als Verband, sondern vielmehr als Einzelpersonen mit der jeweiligen Expertise. Frei hielt dagegen, dass sich die AfD etwa mit der Forderung einer „erinnerungspolitischen Wende um 180 Grad“ schließlich auch in die Geschichtswissenschaft einmische. „Wenn an einer solchen Stelle der Verband nicht gefordert wäre, dies zu kommentieren, dann wüsste ich nicht, was die Aufgabe des Verbandes sein soll.“ Frevert erinnerte daran, dass der VHD nicht ohne Grund Vertreter politischer Institutionen zu den Historikertagen als Gäste einlade. „Wenn wir uns mit diesen Repräsentanten schmücken und dadurch unsere Bedeutung in der Gesellschaft immer wieder unterstreichen, dann müssen wir auch etwas liefern. Als Geschichtswissenschaft haben wir die Aufgabe, Gesellschaften über sich selber aufzuklären.“ Das könne man auch als Kritik am Missbrauch von Geschichte in anderen Ländern verstehen. „Wir dürfen uns nicht der Illusion hingeben, dass wir als Verband neutral sein können“, meinte dazu Schlothgeber: „Wir sind politische Akteure im öffentlichen Raum. Alle Äußerungen sind implizit politisch, beispielsweise wenn wir uns gegen die Bedrohung der Central European University in Ungarn wenden.“

Das Verhältnis von Geschichtswissenschaft

und Politik müsse jede Generation neu reflektieren und „ein distanzierendes Verhältnis finden, das unsere eigenständige Stimme in der Gesellschaft bewahrt“, so Schlothgeber. Während der Veranstaltung wurde mehrfach die Bedeutung der Nachwuchsförderung betont und der Wunsch geäußert, dass sich gerade die jüngere Generation von Historikerinnen und Historikern in der Debatte zu Wort melden sollte. Berücksichtigt wurde der Nachwuchs beispielsweise bei der Podiumsbesetzung jedoch nicht.¹¹

Die zentrale Frage blieb offen. Nach zweieinhalb Stunden Schlagabtausch war klar, dass die Resolution trotz aller Kritik ihr Ziel nicht verfehlt hatte: Sie hatte eine Debatte angeregt, die uns hoffentlich noch lange beschäftigt. Zumal die eigentliche Frage, wie politisch bzw. normativ die Geschichtswissenschaft sein soll oder darf, weiterhin offen blieb, wie Moderator Funke eingestand. Er schlug daher eine weitere Diskussionsrunde vor, um den Dialog nicht abbrechen zu lassen. Das ist zu begrüßen. Zwar sind wir nicht mitten in einem zweiten „Historikerstreit“, wie Frank Bösch bemerkte. Die Gefahr einer Spaltung ist jedoch nicht abgewendet, sollten die allseitigen Ermahnungen zu einer sachlichen Diskussionskultur nicht fruchten oder der Verband auf dem nächsten Historikertag womöglich erneut vor der Entscheidung stehen, eine Resolution zu zukünftigen „Gefährdungen“ zu verabschieden.¹²

Tagungsbericht (Un-)Politisch? Eine Diskussion über die Herausforderungen der Geschichtswissenschaft heute. 14.02.2019, Berlin, in: H-Soz-Kult 25.05.2019.

¹¹ Siehe hierzu auch den Kommentar: Annette Schuhmann, Thema verfehlt!, in: Zeitgeschichte Online, 19.2.2019, <https://zeitgeschichte-online.de/kommentar/thema-verfehlt> (27.05.2019); und einen entsprechenden Aufruf zu Kommentaren zur Frage „Wie politisch ist eigentlich Zeitgeschichte?“ auf der Facebook-Seite von ZOL vom 14.5.2019 (#Auf-rufzumMitmachen), <https://www.facebook.com/Zeitgeschichteonline/posts/2475633969114274> (27.05.2019).

¹² Die gesamte Podiumsdiskussion gibt es als Videomitschnitt auf: L.I.S.A. Wissenschaftsportal der Gerda Henkel Stiftung, https://lisa.gerda-henkel-stiftung.de/resolution_vhd (03.05.2019).